

# **Ergänzungsniederschrift**

## **zur Niederschrift über die 3. Sitzung des Rates der Stadt Jever**

<b>Sitzungstag:</b>	16.02.12
<b>Sitzungsort:</b>	Graf-Anton-Günther-Saal im Rathaus
<b>Sitzungsdauer:</b>	19:00 Uhr bis 20:57 Uhr

Die Tagesordnungspunkte 14 und 15 der ursprünglichen Niederschrift werden durch folgende Ausführungen ersetzt:

### **TOP 14 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2012**

**FinA Nr. 2 vom 30. Januar 2012**

**VA Nr. 4 vom 07. Februar 2012**

**Vorlage: BV/0058/2011-2016**

**Herr Jones** führt in den Sachverhalt ein und verliest anschließend die Haushaltssatzung, die sich aus den bestehenden Änderungen ergibt.

**Herr Janßen** führt aus, man müsse die Infrastruktur und damit auch die Attraktivität der Stadt als Tourismusstandort, Kreisstadt und Erholungsort stärken. Er sehe Jever zudem in einer Vorbildfunktion bezüglich der freiwilligen Leistungen. Daran solle auch nichts geändert werden; man zeige so, dass man eine familienfreundliche und soziale Stadt sei. Hierzu zähle auch die Vereinsförderung und die Familienbaulandförderung, mit der auch Hauskäufe gefördert werden würden. Auch die Wirtschaftsförderung sieht er als positiv an. Dies sei kein verlorener Zuschuss, da so Investitionen vorangetrieben und Arbeitsplätze gesichert werden würden und die Stadt schlussendlich von der Gewerbesteuer profitiere. Auch, dass die Ansätze für die übrigen freiwilligen Leistungen auf dem Stand des Jahres 2011 bleiben würden, sei in seinem Interesse. Die Institution „Radio Jade“ sehe er als Bereicherung für Jever und stehe somit hinter dem Zuschuss von 4000 Euro. Er erkennt an, dass man in den letzten Jahren viel investiert habe und nennt als Beispiele die Sanierung der Paul-Sillus-Turnhalle und der Grundschule Cleverns sowie den Neubau des Kindergartens Cleverns. In Bezug auf das Johann-Ahlers-Haus merkt er an, man müsse das laufende Jahr für die Planung nutzen. Bezüglich der Bauunterhaltung müsse seiner Meinung nach noch einiges, wie zum Beispiel die energetischen Maßnahmen bei den Altenwohnungen, in Angriff genommen werden. Wichtig sei ihm aber, dass die Substanz der Gebäude keinen Schaden nehme, was ihm zugesichert worden sei. Er sei sich dessen bewusst, dass das Ergebnis des Jahres 2011 so schnell nicht wieder erreicht werden könne, auch wenn er für 2012 von einer positiven wirtschaftlichen Gesamtsituation ausgehe. Er betont, dass im Haushaltsplan einiges zurückgestellt worden sei, das gegebenenfalls wieder im Nachtrag behandelt werden müsse, wie zum Beispiel die Sanierung der Turnhalle bei der Grundschule Harlinger Weg. Da die beschlossene Prioritätenliste seiner Meinung nach zu schleppend in Angriff genommen werde, habe man noch den Ausbau der Anton-Reling-Straße für das Haushaltsjahr 2012 vorgeschlagen. Außerdem hält er eine Erhöhung des Personalkostenansatzes für sinnvoll. Auch dem

Krippenbau stehe man positiv gegenüber. Er weist drauf hin, dass die Stadt sich die Landesförderung nicht entgehen lassen dürfe, da die Mittel begrenzt seien. Wichtig sei der SPD in diesem Zusammenhang auch, dass die niedrigen Gebühren und die soziale Staffelung für die Kindergarten- und Krippenplätze beibehalten und für alle Eltern bezahlbar bleiben sollten. Der Zuschuss von 1,3 Millionen Euro für die Kindertagesstätten sei gut angelegtes Geld. Herr Janssen weist darauf hin, dass die Kindergartengebühren seit langer Zeit nicht angehoben worden seien, und man dies auch so beibehalten solle. Zudem dankt er der Feuerwehr für die gute Zusammenarbeit und die gute ehrenamtliche Arbeit, die sie für die Stadt Jever leiste. Man habe bezüglich des Haushaltes auch noch einmal nachgebessert, damit die Wehr die für ihre Arbeit benötigte Ausstattung erhalte. Herr Janssen erklärt, dass für die SPD, trotz des Defizits, keine Steuererhöhungen in Frage kämen. Hierbei müsse man auch bedenken, dass die Bürger bereits durch hohe Energiekosten stark belastet werden würden. Beim Ansatz für die Gewerbesteuer erkennt er an, dass dieser nur schwer zu kalkulieren sei. Er zeigt sich aber beruhigt, da die Stadt Jever bei dieser wichtigen Einnahmequelle nicht, wie die Gemeinde Sande, auf einen einzelnen Zahler angewiesen sei. Abschließend mahnt Herr Janssen noch einmal, auf der einen Seite sorgsam mit den Finanzen umzugehen, auf der anderen Seite aber auch nachhaltig lohnende Investitionen durchzuführen, um die Attraktivität der Stadt nicht zu mindern. Gleichzeitig müsse der Versuch unternommen werden, die Ertragsituation, beispielsweise durch interkommunale Zusammenarbeit, zu verbessern.

Auch **Herr Dr. Bollmeyer** erklärt, die CDU werde dem Haushaltsentwurf zustimmen, sie sei jedoch der Ansicht, dass eher eine Personalkostensteigerung von 4% statt 2 % erwartet werde. Zudem spricht er sich aufgrund der Haushaltslage dafür aus, sowohl den Ausbau der Anton-Reling-Straße als auch die Sanierung des Rathausdaches aus dem Haushaltsplan zu streichen. Außerdem habe man es, aufgrund der noch laufenden Verhandlungen, als sinnvoll angesehen, den Krippenneubau mit einem Sperrvermerk zu versehen, habe sich aber aufgrund der fehlenden Mehrheit dazu entschlossen, diesen Antrag nicht erneut zu stellen.

**Herr Jones** klärt darüber auf, dass es sich bei einer Erhöhung der Personalkosten um 2 % um einen Betrag von 94.000 Euro handeln würde.

**Herr Schönbohm** meint, der Ausbau der inzwischen nicht mehr verkehrssicheren Anton-Reling-Straße sei überfällig. Es müsse zudem insgesamt mehr in die Instandhaltung städtischen Vermögens investiert werden. Die Wirtschaftsförderung hingegen könne seiner Meinung nach gestrichen werden. Man solle lieber hier ansetzen als Steuererhöhungen in Angriff zu nehmen. Was die Tarifierhöhungen angeht, schließt sich Herr Schönbohm seinen Vorrednern an.

**Frau Glaum** ist der Ansicht, dass man sich mit einem unausgeglichenen Haushalt mit einem Defizit von rund 1,3 Millionen Euro und einem Schuldenstand von rund 4,1 Millionen Euro beschäftigen müsse, sei zu einem großen Teil auf das Ausgabeverhalten des Rates während der letzten Jahre zurückzuführen. Hier nennt sie als Beispiele den Tiefgaragenzuschuss im St. Annen-Quartier, die Spielhallenumsiedlung, die Umsiedlung von Obst an die Seetzenstraße und die Gelder für den Interessenausgleich bei der Spange an der Schlachte. Die Grünen hätten diese Ausgaben seinerzeit nicht mitgetragen. Nun müssten die Bürgerinnen und Bürger in den nächsten Jahren mit Konsequenzen wie der Erhöhung der Grundsteuer, der Einführung der Fremdenverkehrsabgabe und der Erhöhung der Gewerbesteuer rechnen. Sie appelliert an die anderen Ratsmitglieder, man

müsse sparen, um Jever's Standortvorteil zu erhalten. Sie sehe die Wohnqualität in der Stadt als gefährdet an. Zudem erklärt sie, die Grünen würden dem Haushalt und dem Sicherungskonzept nicht zustimmen, da der Sparwille vermisst werde. Als wesentlichen Punkt nennt sie den, für den MTV kostenlosen, Ausbau der Zuwegung. Man schaffe hier einen Präzedenzfall bezüglich der Anliegerbeiträge. Gleiches müsse man anschließend beispielsweise auch beim Ausbau der Anton-Reling-Straße dem dort ansässigen Tennisverein ermöglichen. In Bezug auf den Parkplatz in der Schillerstraße ist sie der Ansicht, dass man kein Geld für Parkplätze auf fremdem Grund ausgeben solle. Sie schlägt vor, stattdessen die Parkplätze in der Jahnstraße besser auszuschildern. In Bezug auf die Konsolidierung schlägt sie vor, die wirtschaftliche Betätigung im Bereich der regenerativen Energieerzeugung voranzutreiben. Zudem spricht sie sich für eine vielfältige Kooperation mit den Nachbarkommunen aus.

**Herr Harms** bekundet sein Missfallen bezüglich des Haushaltes. Zudem bemängelt er, dass ihm das Ergebnis der überörtlichen Prüfung durch den Landesrechnungshof bis heute nicht vorliege, obwohl er bei anderen Gemeinden inzwischen offen ausliegen würde.

Auch **Herr Hartl** sieht die Anton-Reling-Straße auf der Prioritätenliste ganz vorne. Im Großen und Ganzen seien Haushaltsplan und Sicherungskonzept zustimmungswürdig.

**Bürgermeisterin Dankwardt** beklagt die öffentliche Schlechtdarstellung der Stadt Jever durch die Ratsmitglieder. Man sei nicht hoffnungslos verschuldet und stehe im Vergleich mit den anderen Kommunen gut da. Man dürfe jedoch auch nicht nur ans Sparen denken, sondern müsse weiterhin investieren, da Projekte sich positiv auf die Stadt auswirken würden.

Sodann wird über den Antrag der CDU abgestimmt, den Ausbau der Anton-Reling-Straße aus dem Haushaltsplan für das Jahr 2012 zu streichen.

**Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt: Ja 8 Nein 20 Enthaltung 2 Befangen 0**

Anschließend wird über den Antrag der CDU abgestimmt, für die Personalkosten eine Tarifierhöhung von 4% statt 2% einzuplanen.

**Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 11 Nein 6 Enthaltung 13 Befangen 0**

Der Rat der Stadt Jever beschließt sodann

***Der Haushaltsentwurf 2012 wird mit den genannten Änderungen als Satzung beschlossen.***

**Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 17 Nein 13 Enthaltung 0 Befangen 0**

Eine Aufstellung der Änderungen des Haushaltsplanes gegenüber der ausgedruckten Fassung sowie die neue Haushaltssatzung 2012 sind der Niederschrift beigefügt.

## TOP 15 Haushalt 2012; Haushaltssicherungskonzept

**FinA Nr. 2 vom 30. Januar 2012**

**VA Nr. 4 vom 07. Februar 2012**

**Vorlage: BV/0059/2011-2016**

**Herr Jones** führt in den Sachverhalt ein. Er klärt den Rat darüber auf, dass der Landesrechnungshof der Verwaltung aufgetragen habe, den Rat nicht zu bevormunden und ihm stattdessen alle Möglichkeiten zu Einnahmeverbesserungen und Einsparungen aufzuzeigen. Er berichtet, der VA habe hieraus in seiner letzten Sitzung ein Paket von Leistungen zusammengestellt, die nun vom Rat beschlossen werden müssten.

**Herr Janßen** berichtet, dass die SPD dem ersten Konzept nicht hätte zustimmen können. Er appelliert an den Rat, nicht nur Ausgaben zu streichen sondern auch die Einnahmesituation zu verbessern. Er sehe zum Beispiel mit der Einführung der Fremdenverkehrsabgabe die Möglichkeit, das Stadtmarketing, als freiwillige Ausgabe, in Höhe von 200.000 Euro mit zu finanzieren. Er fordert, schnellstmöglich ein schlüssiges Konzept vorzulegen, um die Einnahme im Jahr 2013 realisieren zu können. Weiterhin fordere die SPD die Kündigung des Betreibervertrages Campingplatz, da man jährlich erhebliche Zuschüsse zahle und dabei einen stetigen Verlust verzeichne. Seit Bestehen des Campingplatzes seien so ca. 77.000 Euro geflossen, die zukünftig besser gespart werden sollten. Er spricht sich stattdessen für eine wirtschaftliche Betätigung der Stadt in der Stromerzeugung aus. Hier könnten jährliche Einnahmen in Höhe von 50.000 Euro erzielt werden. Zuletzt befürwortet er noch die Anpassung der Kindergartengruppen an die Kinderzahlen.

**Herr Bollmeyer** bringt sein Erstaunen darüber zum Ausdruck, dass einzelne Ratsmitglieder die hohen Ausgaben beklagen, trotzdem dagegen stimmen würden, die Sanierung der Anton-Reling-Straße aus dem Haushalt zu nehmen und schließlich den gesamten Haushalt ablehnen würden. Dies passe in seinen Augen nicht zusammen. Insgesamt könne sich die CDU dem Konsolidierungskonzept anschließen. Herr Bollmeyer räumt zudem mit dem Missverständnis auf, die CDU wolle die Aula am Dannhalm schließen; dies sei nicht der Fall. Man wolle lediglich darauf hinweisen, dass die Tourismus GmbH enger mit dem Schützenhof zusammenarbeiten und deren Saal ggf. des Öfteren für Galas und Empfänge nutzen könne. Der Saal biete wesentlich mehr Plätze, was der GmbH die Erwirtschaftung größerer Erträge ermöglichen könne. Zur Kündigung des Betreibervertrages Campingplatz mahnt er, man müsse dies vorab mit der Stadt Schortens besprechen. Zudem regt er als Ergänzung zum Konsolidierungskonzept an, dass die Verwaltung die jeweilige Budgetierung für die freiwilligen Leistungen im Laufe des Jahres dem jeweiligen Fachausschuss vorlegen solle.

**Herr Schönbohm** vertritt den Standpunkt, es sei besser den Fremdenverkehrsbeitrag einzuführen, als die Steuern zu erhöhen. Auch den Austritt aus dem Campingplatzvertrag unterstütze er. Er bedauert zudem, dass die Erhöhung der Automatensteuer scheinbar nicht so leicht umzusetzen sei wie zunächst angenommen. Der Stromerzeugung durch alternative Energien stehe die SWG aber weiterhin aufgeschlossen gegenüber.

**Frau Feldmann** räumt ein, sie habe sich mit dem Fremdenverkehrsbeitrag noch nicht ausgiebig beschäftigt. Sie glaubt jedoch, die kleineren Geschäfte, die den Charme der

Stadt ausmachen, würden damit unnötig belastet werden.

**Frau Dankwardt** unterstützt die Aussage von Herrn Bollmeyer bzgl. der Kündigung des Betreibervertrages Campingplatz.

Der Rat der Stadt Jever beschließt

***In das Haushaltssicherungskonzept 2012 werden folgende Konsolidierungsmaßnahmen aufgenommen:***

<b>Maßnahme Nr.</b>	<b>Kurzbezeichnung</b>	<b>Veränderung 2012</b>	<b>Veränderung 2013</b>	<b>Veränderung 2014</b>
1	<b>Erhebung Fremdenverkehrsbeitrag</b>		100.000 €	100.000,00 €
2	<b>Anpassung der Gruppen an Kinderzahlen</b>	20.000 €	40.000 €	60.000 €
3	<b>Wirtsch. Betätigung Stromerzeugung</b>		50.000 €	60.000 €
4	<b>Künd. Betreibervertrag Campingplatz</b>		5.600 €	5.900 €
	<b>Summe Verbesserungspotenzial</b>	20.000 €	195.600 €	225.900 €

***Dem Haushaltssicherungskonzept 2012 wird zugestimmt.***

**Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 20 Nein 9 Enthaltung 1 Befangen 0**

Genehmigt:

Elke Vredenborg

Vorsitzende/r

Angela Dankwardt

Bürgermeisterin

Jana Hoffmann

Protokollführer/in